

Die Bauern und »die Anderen«

Über Bauernrevolte und Populismus in den Niederlanden und Frankreich

von Jan Douwe van der Ploeg

Ausgehend von den Niederlanden kam es Ende 2019 in vielen europäischen Ländern zu großen Bauerndemonstrationen, über die intensiv in den Medien berichtet wurde. Trotz Klimakrise und starken Rückgängen bei der biologischen Vielfalt, für die die Landwirtschaft mitverantwortlich gemacht wird, richteten sich die Proteste gegen neue Auflagen und Produktionsbeschränkungen. Der folgende Beitrag analysiert die populistischen Seiten der Protestbewegung und die tiefe Spaltung des Agrarsektors: Unternehmerlandwirte, die für ein Recht auf Weiterwachsen kämpfen und die Schuld für die Krise bei »den Anderen« sehen (Verbrauchern, Politikern, Umweltgruppen, »Klima-Spinnern«) und auf der anderen Seite bäuerliche Betriebe, die nach praktischen Lösungen für die auch in ihrer Sicht notwendigen ökologischen Transformation suchen und dabei neue Koalitionen mit der Zivilgesellschaft eingehen. Der Beitrag warnt vor der Gefahr, dass der rechte Populismus gezielt diese Spaltung nutzt, um gerade auf dem Land weiter Boden zu gewinnen.

In den letzten Monaten des Jahres 2019 gingen Bauern in den Niederlanden auf die Straße. Mit langen Kolonnen schwerer Traktoren besetzten sie einen der zentralen Plätze in Den Haag und drohten, das Parlamentsgebäude zu besetzen. Die Regierung erklärte, dass in diesem Falle die Armee eingreifen würde. In der Zwischenzeit wurden große Teile des nationalen Straßennetzes blockiert. Diese massiven Demonstrationen beeindruckten viele Beobachter. Gleichzeitig waren die Menschen verunsichert. Worum ging es bei diesen Protesten?

Gerade zu Beginn der Proteste gab es eine Unzahl von, teilweise höchst verwirrenden Parolen. Die demonstrierenden Bauern sagten, dass sie die »Ungleichbehandlung« nicht mehr akzeptieren würden und dass das »Farmer-Bashing« ein Ende haben müsse. Gleichzeitig behaupteten sie, sie wollten »Respekt« und waren dagegen, in ihren Rechten »beschnitten« zu werden. Diesen sehr allgemeinen Forderungen kann man nur schwer widersprechen. Hatten sich die früheren Auseinandersetzungen (vor allem in den 1970er- und 80er-Jahren) auf klare Programme konzentriert, gab es diesmal eine verwirrende Wolke von Aussagen, die vielmehr Ärger und Kummer widerspiegeln. Die Wut der Landwirte richtete sich gegen eine Politik der Reduzierung der Stickstoffemissionen (in den Niederlanden werden

46 Prozent des gesamten emittierten Stickstoffs der Nutztierhaltung zugerechnet). Doch dann begrüßten sie überraschenderweise den Staatssekretär, der diese Politik entworfen und durchgesetzt hat, als wäre er ein Volksheld. Im Gegensatz dazu wurden Politiker der Linken, die kein Mitspracherecht bei der Gestaltung der Agrarpolitik hatten, bei den Demonstrationen ausgepöbeln, als seien sie für diese Politik verantwortlich.

Auf dem Land ist eindeutig »etwas faul«, aber niemand hat wirklich verstanden, was es war. Auf der einen Seite spiegelten die Demonstrationen eine tief verwurzelte und weit verbreitete Unzufriedenheit wider. Auf der anderen Seite jedoch entfalteten sie sich als Posse. Mit Verteilungsfragen haben sich Landwirte nie leicht getan. Nun aber standen sie vor einer Aufteilung auf nationaler Ebene: Wie viel Stickstoffemissionen sollen reduziert werden, von wem, wo, wann und wie? Ihre Reaktion ließ sie verzweifeln und unvernünftig erscheinen. Die demonstrierenden Bauern und ihre Ausschüsse als »Farmers Defence Force« nahmen die Dinge jedoch anders wahr. Sie waren euphorisch, dass es ihnen gelungen war, eine »klare Linie« zu ziehen. Von nun an würde eine Kürzungspolitik nicht mehr akzeptiert werden, sei es wegen Stickstoff oder aus welchen Gründen auch immer.

Die Klimakrise

Ungeachtet all dieser Verwirrung gibt es dennoch einen klaren Hintergrund: die drohende Klimakrise und die dringende Notwendigkeit, sich mit ihr zu befassen. Die Klimakrise steht in der öffentlichen Wahrnehmung in engem Zusammenhang mit der Nutzung fossiler Energien und den CO₂-Emissionen. Mit dem Stickstoffverbrauch und den damit verbundenen Ammoniakemissionen ist sie hingegen nur lose verbunden. Für die wütenden Landwirte jedoch existiert hier ein klarer und schädlicher Zusammenhang. Sowohl Stickstoff als auch fossile Energie werden ihrer Ansicht nach als Ausgangspunkt und Rechtfertigung für die sukzessive Beschneidung der Landwirte genommen. Dieser Zusammenhang wurde im Herbst 2019 von der hochrangigen »Remkes-Kommission«, die die Regierung direkt berät, bekräftigt. Unter dem bezeichnenden Titel »Nicht mehr alles ist möglich« wies diese Kommission darauf hin, dass zur Lösung des Stickstoffproblems eine Verringerung der nationalen Tierbestände unumgänglich sei. Diese Maßnahme wurde als Auftakt einer Klimapolitik angesehen, die noch weitaus größere Reduzierungen erforderlich machen wird.

1950 verbrauchten niederländische Betriebe 81 Gigajoule fossile Energie, um eine Nahrungsmittelmenge mit einem Energiegehalt von 100 Gigajoule zu produzieren. Bis 2015 war die Menge an fossiler Energie zur Herstellung derselben Menge an Nahrungsmitteln auf 225 Gigajoule gestiegen.¹ In diesem fast dreifachen Anstieg spiegeln sich die strukturellen Veränderungen wider: Seit den 1950er-Jahren hat sich die niederländische bäuerliche Landwirtschaft, wenn auch nicht durchgehend, in eine unternehmerische Landwirtschaft gewandelt. Arbeit wurde durch Kapital ersetzt und zwar in Form von neuen, energieverbrauchenden Technologien und Darlehen zu deren Finanzierung. Gleichzeitig wurde die Landwirtschaft verstärkt in die ihr vorgelagerten Märkte integriert. Während früher die Selbstversorgung mit Futtermitteln, Saatgut, Zugkraft, Wissen und so weiter die Norm war, bedeutete nun »Modernisierung« (wie man es nannte), dass immer größere Anteile der benötigten Inputs (von denen zahlreiche viel fossile Energie enthielten) anstatt auf dem Bauernhof selbst produziert, nun über verschiedene Märkte eingekauft wurden. So entstanden neue Formen der Landwirtschaft: großflächig, mit hoher Intensität, von Technologie und dem Einsatz an Inputs abhängig, spezialisiert und in ständiger Expansion begriffen. Das Ganze ist mit einer hohen Verschuldung verbunden: Um die notwendigen Rückzahlungen zu leisten, wird das Mengenwachstum zur materiellen Notwendigkeit.

Neben einem unternehmerischen Segment gibt es immer noch viele Bäuerinnen und Bauern, die bäuerlich arbeiten. Sie haben sich diese Form der Moderni-

sierung nie vollständig zu eigen gemacht. Sie widerstanden den Versuchen, sie zu einer Änderung ihres Kurses zu ermutigen, und sie haben manchmal solide Alternativen dazu entwickelt. Die niederländische Bauernschaft ist also sehr differenziert. Das zeigte sich deutlich in dem anfangs genannten, sehr verwirrenden Panorama der jüngsten Demonstrationen. Nahezu alle Landwirte sind verärgert - aber die Gründe für ihren Kummer sind sehr unterschiedlich.

Konkurrierende Weltanschauungen

Eine kürzlich von der Zeitung *Trouw* organisierte und veröffentlichte landesweite Umfrage unter 2.287 Teilnehmern bringt sowohl die gemeinsamen Ansichten als auch die tiefen Spaltungen innerhalb des niederländischen Agrarsektors ans Licht. Gemeinsam ist den Landwirten, dass sie ihre Arbeit lieben, ihre Unabhängigkeit schätzen und stolz auf den Betrieb sind, den sie entwickeln. Ebenso teilen sie das Gefühl, dass sich die Dinge angesichts der anhaltenden Rückschritte und Krisen verschlechtern.

Hinter dieser gemeinsam geteilten Ansicht verbirgt sich jedoch eine tiefe Spaltung. Die Umfrage hat zwei gegensätzliche Visionen sichtbar gemacht. Die eine konzentriert sich auf die Organisation der Landwirtschaft, die andere fokussiert sich vor allem auf »die Anderen«.

Die erste Sichtweise betrachtet die Krise als eine Krise der Landwirtschaft selbst. Das heißt: Die vorherrschenden Organisationsmuster werden als zentrale Ursache der gegenwärtigen Krise angesehen. Landwirte, die diese Sichtweise teilen, argumentieren, dass »die Exportorientierung, die nur durch anhaltendes Wachstum aufrechterhalten werden kann, längerfristig kein gangbarer Weg ist« (55 Prozent teilten diese Ansicht). Folglich argumentieren sie, dass »unser Land nicht so tun sollte, als würde es den Rest der Welt mit Nahrungsmitteln versorgen müssen« (44 Prozent). Eine solche Position steht im Widerspruch zu der vorherrschenden Sichtweise, die den Agrarexport und die damit verbundene Massenproduktion hinorganisierte Landwirtschaft betont. Bezeichnend ist es, dass 46 Prozent der befragten Landwirte der Meinung sind, dass hoch spezialisierte Betriebe, die nur ein Produkt produzieren, »viel zu anfällig« seien. Die all diesem zugrunde liegende politische Ökonomie ist klar: 65 Prozent der Landwirte stimmten der Aussage zu, dass »wir vor allem zum Nutzen der Banken, der Nahrungsmittelindustrie und der großen Einzelhändler arbeiten«.

Die zweite Sichtweise hingegen sieht die Ursachen der Krise in Faktoren begründet, die außerhalb des Agrarsektors liegen. »Die Anderen« sind die Schuldigen: Verbraucher, Bürger, Politiker, Journalisten, Tierschützer, »Klima-Spinner« und wer auch immer.

»Die Landwirte werden unter Druck gesetzt, weil die Verbraucher nicht mehr für ihre Lebensmittel zahlen wollen« (78 Prozent der befragten Landwirte). »Die Medien geben immer dem Landwirt die Schuld.« »Landwirte arbeiten verdammt hart, aber sie erhalten keine Anerkennung.« Solche Aussagen verstärken sich gegenseitig – und spiegeln gemeinsam eine tiefe Unzufriedenheit wider. Viele der Elemente, die zusammen dieses Gefühl der Ungerechtigkeit ergeben, speisen sich sicherlich aus den eigenen Lebenserfahrungen. Dennoch konzentriert sich der Aufschrei in der Regel nur auf »die Anderen«. Die Art und Weise, wie sie mit der Landwirtschaft umgehen und sich ihr gegenüber verhalten, sei falsch und auf Fehlinformationen oder schlechte Absichten zurückzuführen. Die Landwirtschaft selbst entbehre jeder Verantwortung.

Diese beiden Sichtweisen überschneiden sich natürlich. Und das führt zu einer Koalition, die auf den ersten Blick fast unmöglich erscheint. Im zentralen Kern unterscheiden sich beide Positionen erheblich voneinander und dies zeigt sich in ihren Handlungs-

aufforderungen. Die zweite, populistisch geprägte Sichtweise legt die gesamte Verantwortung auf die Ebene der Verbraucher. *Sie* müssen sich ändern, und nur wenn sie sich wirksam ändern, werden die Landwirte in umweltfreundliche Maßnahmen investieren. Die entgegengesetzte Sichtweise legt den Schwerpunkt mehr auf die Suche der Landwirte nach praktischen Verbesserungen und auf die Bildung neuer Koalitionen sowohl mit den Verbrauchern als auch mit der Zivilgesellschaft. Dies führt zu neuen, oft multifunktionalen landwirtschaftlichen Betrieben und neuen institutionellen Regelungen, die ein neues Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft, Natur und Gesellschaft schaffen. Die Suche nach neuen Praktiken wird jedoch oft durch die erstickenden, vom Staat auferlegten Regulierungen vereitelt. Das führt dazu, dass diejenigen, die diese zweite Vision teilen, oft genauso verärgert über die Regierung (und insbesondere das Landwirtschaftsministerium) sind wie die anderen.

Die Ansicht, die sich auf »die Anderen« konzentriert, ist stark populistisch, weil sie die Ungleich-

Es geht nur gemeinsam ...

Gespräch mit Georg Janßen, dem Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), über die neuen bäuerlichen Protestbewegungen

Auch in Deutschland gab es nach holländischem Vorbild Bauerndemonstrationen. Wie schätzen Sie Ursache und Wirkung dieser Bewegung ein?

Viele haben im Herbst 2019 mitbekommen, was in Holland passiert ist und haben gesagt: Das können wir hier auch. Zu diesem Zeitpunkt ist vieles zusammengekommen. Die aufgestaute Wut, dass man sich lange Zeit von Politik und Gesellschaft nicht verstanden fühlte, hat ja mit der Lage auf den Betrieben zu tun und vor allem mit Erzeugerpreisen, die kein vernünftiges Einkommen ermöglichen. Diese aufgestaute Wut musste sich Luft machen. Und das ist auch gut so, denn nichts ist schlimmer als dieses jahrelange stille Bauernsterben, die Resignation der Bauern und Bäuerinnen. Statt zu schauen, woran liegt das alles und Forderungen aufzustellen, geben sie die Betriebe auf und sehen dies auch noch als ihr individuelles Schicksal an. Dass sich stattdessen diese Wut gezeigt hat, das ist in Ordnung.

Die bäuerliche Protestbewegung selbst hat sich zunächst gar nicht so gesehen. Man hat nur gedacht, wir treten auf *gegen* das Insektenschutzprogramm, *gegen* die Düngeverordnung – diese staatlichen Maßnahmen waren das Ventil für die Wut. »Denen zeigen wir es mal, wie wichtig wir sind«, dachten sie sich und setzten sich auf den Trecker bzw. gingen auf die Straße. Die erste

Demo war in Bonn und dann, zum Höhepunkt im November 2019, ging es mit 10.000 Traktoren nach Berlin. Man war der Auffassung, wenn wir mit 10.000 Traktoren in Berlin sind, dann sagen Frau Merkel und Frau Klöckner: »Donnerschlag, das haben wir so alles nicht gesehen. Wir machen jetzt eine andere Agrarpolitik, die euch entgegen kommt.«

Gab es denn konkrete Vorstellungen über so eine andere Agrarpolitik?

Das ist das Problem der Protestbewegung gewesen, dass sie sich einig darüber war, dass alle politischen Maßnahmen für die Landwirtschaft eine Verschärfung bedeuten und man sich auf »Weg damit!«-Forderungen beschränken könne. Viele waren überzeugt davon, dass die anderen »keine Ahnung haben« und »wir das selbst alles richtig machen« und überhaupt »die Anderen« die Schuld an der Misere hätten. Doch das war nur ein Teil der Bewegung. Die andere Seite war damals in Bonn und Berlin noch nicht sichtbar. Sie zeigte sich erst nach den großen Treckerdemos, als es dann doch keine Agrarrevolution gab und die Düngeverordnung trotz massiver Proteste verabschiedet wurde. Das verstärkte zunächst die Wut und den Frust.

Wie hat sich die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) dazu verhalten?

Es gab zunächst Berührungsängste auf beiden Seiten. Jeder hatte nicht nur seine Standpunkte, sondern auch sein festes Bild vom anderen. Wir dachten zuerst, das ▶

heiten in der Macht vernachlässigt, die politisch-ökonomischen Widersprüche mit Füßen tritt und die Differenzierung innerhalb des Sektors auf eine bloße Unterscheidung zwischen »Gewinnern« und »Verlierern« reduziert. Es ist bezeichnend, dass die wichtigsten populistischen Parteien der Niederlande die Bewegung der gekränkten Bauern sofort und von ganzem Herzen unterstützt haben.

Anderes Land – ähnliche Spaltungen

Interessanterweise findet sich eine ähnliche Spaltung auch in anderen europäischen Ländern. Ich werde mich hier auf Frankreich beschränken. Im Oktober 2019 organisierte die Tageszeitung *Ouest France* eine repräsentative Umfrage, an der 418 Landwirte teilgenommen haben. Auf die Frage nach den »bedrohlichsten Entwicklungen« bezogen sich 44 Prozent der Bauern auf den Klimawandel. 32 Prozent wiesen auf »den Markt, niedrige Preise und ihre Volatilität« und 31 Prozent auf das »Agribashing« hin. Ein weiterer

sind Mitglieder vom Bauernverband, die merken, dass die Krise sie jetzt auch betrifft. Und die anderen dachten, das sind eh nur Vertreter der Alternativbewegung, die seit Jahren auf die »Wir haben es satt!«-Demos gehen. Wir haben dann aber begonnen, daran zu arbeiten, dass diese Wut und der Frust besser und vor allem über konkrete inhaltliche Arbeit kanalisiert werden kann.

Wir haben gesagt: »Lass uns mal an einen Tisch kommen und schauen, wo ist das Gemeinsame und wo das Trennende.« Im Januar 2020 gab es noch am Donnerstag vor der »Wir haben es satt«-Demo eine große Veranstaltung bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin. Vertreter von Land schafft Verbindung (LsV), Wissenschaft und AbL waren auf dem Podium. Da haben auch die LsV-Vertreter verblüfft feststellen müssen, dass die Gemeinsamkeiten größer sind als das Trennende. Daraufhin habe ich auf der LsV-Demo am Freitag gesprochen und ein Vertreter von LsV auf unserer Demo am Samstag. Beide Reden erhielten viel Beifall. Die Strategie eines Teils der LsV-Bewegung, die beiden Gruppierungen gegeneinander zu stellen, war nicht aufgegangen, und diejenigen, die beim LsV über den Tellerrand schauen, haben auch gemerkt, dass es zu wenig ist, wenn man nur »Hau weg den S...« ruft.

Gab es in der Folge eine konkrete inhaltliche Zusammenarbeit?

Im Rahmen der Auseinandersetzungen um das Freihandelsabkommen EU-Mercosur gab es die Erkenntnis, dass man das nur mit größeren Bündnissen schaffen kann und dass die AbL in solchen Bündnissen bereits seit dem

Fragenkomplex untersuchte die bestmögliche Politik zur Sicherung der Zukunft der französischen Landwirtschaft. 48 Prozent der Befragten argumentierten, dass das Machtgleichgewicht zwischen Landwirten, Lebensmittelindustrie und dem Lebensmitteleinzelhandel korrigiert werden müsse und dass die Versorgung mit Lebensmitteln wie auch der Konsum auf dem Prinzip der Nähe basieren müsse. Dies steht in starkem Kontrast zum erhobenen Repertoire folgender Mainstreamaussagen: die Eroberung neuer Märkte (13 Prozent der Befragten), die Anwendung neuer Technologien (13 Prozent) oder das Wachstum der landwirtschaftlichen Betriebe (neun Prozent). Mit anderen Worten: Business as usual scheint für die meisten französischen Landwirte kaum noch attraktiv oder ein guter Weg zu sein.

Diese Unterschiede in den Sichtweisen spiegeln sich in gegensätzlichen Kämpfen wider. Im Juli 2019 richteten sich die Protestkundgebungen der französischen Landwirte gegen die Freihandelsabkommen (Mercosur und CETA). Im Oktober und November

Kampf gegen die Freihandelsabkommen TIPP und CETA gearbeitet hat. Daraufhin ist der LsV in das Bündnis für gerechten Welthandel eingetreten und hat den Aufruf unterstützt.

Auch im Milchsektor gab es dann eine gute Zusammenarbeit von LsV-Vertretern des Beirates, vom Bund Deutscher Milchviehhalter (BDM), der die Einladung ausgesprochen hatte, und der AbL. Wir haben uns gemeinsam auf ein wegweisendes Milchpositionspapier geeinigt. Es gibt jetzt Überlegungen, dass man auch für den Schweinemarkt ein gemeinsames Positionspapier mit LsV und anderen Verbänden macht.

Wie stellen sich die bäuerlichen Protestbewegungen zu den Rechten und der AfD?

Versuche, die Bewegungen zu kapern, gibt es genug und immer wieder gibt es auch Auseinandersetzungen darüber, ob die Rechten Einfluss gewinnen können. Die AfD hat ja im Sommer ein Strategiepapier veröffentlicht, in dem sie deutlich sagt, dass überall dort, wo Unzufriedenheit herrscht, man gezielt die AfD einbringen müsse. Das vollzieht sich auch außerhalb des Agrarsektors. Aber es gibt auch deutliche Abgrenzungen zu Rechts. So hat der LsV-Leiter der großen Demonstration mit 10.000 Bauern, die in Nürnberg stattfand, dafür gesorgt, dass die Reichskriegsfahne eingerollt werden musste, die zwei Leute dabei hatten. Es gibt innerhalb der Bewegungen Leute, die sensibel für dieses Thema sind und auch über den Tellerrand schauen. So hat beispielsweise die AbL eigens in ihrer Satzung eine deutliche Aussage gegen Rassismus, Antisemitismus und Nazis verankert. ▶

konzentrierten sich die Manifestationen jedoch auf das Agribashing und auf neue Umweltauflagen (insbesondere Beschränkungen der Verwendung von Glyphosat) sowie die niedrigen Preise. Bemerkenswerterweise übernahm die offizielle Bauerngewerkschaft FNSEA die Führung. Die FNSEA stellte das Agribashing als ein allgemeines Problem dar, das es ihr erlaubte, physische Angriffe von Tierschützern, die Umweltpolitik des Staates, die Klimakrise und anderes mehr so miteinander zu verquicken, damit sich alles auf »die Anderen« bezieht und die eigentlich notwendige Debatte über die Krise innerhalb der Landwirtschaft vermieden werden kann. Da die FNSEA selbst tief in die konkrete Produktion, Verarbeitung und Verteilung von Lebensmitteln involviert ist, möchte sie eine solche Debatte natürlich vermeiden.

Wettrennen unter den Klassenbesten

Unternehmerische Betriebe müssen kontinuierlich expandieren. Sie befinden sich in einem Wettrennen.

Dieser Wettlauf gründet sich einmal auf materiellen Notwendigkeiten (hohe finanzielle Kosten und eine erhöhte Anfälligkeit für Kostensteigerungen und Preissenkungen), aber auch auf ideologischen Erwägungen. Landwirtschaftliche Unternehmer fühlen sich in einen Kampf um die Zukunft eingebunden. Sie sehen die Zukunft als ein »begrenzt Gut« – es gibt nur Platz für eine begrenzte Anzahl sehr großer Betriebe, die auf Weltmarktniveau operieren können. Dies löst einen rücksichtslosen Wettbewerb aus und prägt stark die Identität der Agrarunternehmer. Wie Nicole Eizner² argumentierte, halten sie sich für die »Klassenbesten« – denn sie haben alles getan, was von der Agrarpolitik empfohlen wurde: Sie haben ihre Betriebe vergrößert, modernisiert und wettbewerbsfähig gemacht (zumindest glauben sie das). Folglich glauben die Unternehmerlandwirte, dass sie das *moralische Recht* haben, weiterhin zu expandieren – auch weil sie »die Welt ernähren«. Das Überschreiten ökologischer Grenzen (wie im Fall von Stickstoff und Ammoniak) ist überhaupt kein Problem: Es kann

Wie stellt sich der Deutsche Bauernverband zu den Protestbewegungen?

Die Krise innerhalb der Landwirtschaft hat auch den Deutschen Bauernverband voll erwischt. Die waren nicht darauf vorbereitet, dass unabhängig von ihnen solche Demonstrationen und Aktionen stattfinden und Leute plötzlich wieder auf die Straße gehen, um für ihre Interessen einzutreten. Die Verbandsspitze hat dann schnell auf die Strategie gesetzt, diese Bewegung einzubinden. Sie haben gesagt: Das ist unsere »Demo-Aktionsabteilung« – und wir machen weiter die Politik in Berlin und Brüssel. Zum Teil ist es ihnen auch gelungen, die Leute vor Ort und in die Kreisverbände einzubinden und einzelne zu umwerben. Vielen LsV-Leuten ist jedoch klar, dass der Bauernverband ihre Interessen seit Langem nicht mehr vertritt.

Hat nicht auch die AbL versucht, die Leute einzubinden?

Ja, aber nicht mit der Vergabe von Posten, sondern mit der Erarbeitung von inhaltlichen Positionen und gemeinsamen Aktionen.

Wie schätzen Sie ein, dass es weitergeht?

Der LsV ist dabei, Strukturen aufzubauen. Zugleich geht die Politik auch weiter und wir sehen alle, dass nichts gewonnen ist, wenn man nur eine Treckerdemo macht. Es braucht schon eine größere Anstrengung, um sich Gehör zu verschaffen – und dies möglichst auch in Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen.

Was ist eine der Hauptherausforderungen für die nächste Zeit?

Ich glaube, die Herausforderungen sind enorm. Die Preise sind weiterhin katastrophal und die Klimakrise ist nicht einfach nur ein Wort, sondern bei vielen erfahrbar. Die Frage ist doch, wie geht man damit um, und diese Frage betrifft alle: die großen wie die kleinen Betriebe, die Ökos wie die Konventionellen. Das ist für viele erst mal neu.

Wer hätte es vor einem halben Jahr gedacht, dass sich die Interessengemeinschaft Schweinehalter Deutschland, die AbL, die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft und der Deutsche Bauernverband zusammen gegenüber dem Deutschen Bundestag stark machen für die rasche Umsetzung der Borchert-Pläne beim Umbau der Tierhaltung. Der Veränderungsdruck ist enorm und er betrifft alle Betriebe. Alle werden sich damit auseinandersetzen müssen.

Wir müssen mit diesen Herausforderungen in die Diskussion gehen und nicht die Spaltung suchen, sondern die Gemeinsamkeiten. Der Druck kommt von der Gesellschaft und ist berechtigt; die bäuerlichen Protestbewegungen müssen daher zusammenarbeiten. Veränderungen sind nicht mehr über die Köpfe der Bauern und Bäuerinnen zu erreichen, aber auch nicht ohne die Zivilgesellschaft – nur im konstruktiven Zusammenwirken aller Beteiligten.

Das Gespräch führte Andrea Fink-Keßler.



Georg Janßen

Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

janssen@abl-ev.de

anderswo und von *anderen* kompensiert werden. Der Einsatz beträchtlicher Mengen fossiler Energie ist unvermeidlich – was durch die Protestfahrten mit schweren, dieselbetriebenen Traktoren nach Den Haag und durch die Forderung, dass *andere* (Transport, Industrie, Flugverkehr) ihren Verbrauch an fossiler Energie erst mal reduzieren sollten, eindrucksvoll unterstrichen wurde.

»Buschfeuer« verhindern

Der Kampf gegen die Begrenzung des Stickstoffverbrauchs wurde in der ganzen Diskussion vollständig subsumiert unter einem einzigen Thema: *dem angenommenen Recht auf kontinuierliches Weiterwachsen*. Der unternehmerisch ausgerichtete Pol in der Landwirtschaft akzeptiert keine Einschränkungen dieses vermeintlichen Rechts – und diese Verweigerung wird von der Agrarindustrie stark unterstützt. Die Unternehmer und ihre Verbände kämpften gegen eine Beschränkung der Stickstoffnutzung im Rahmen einer *umfassenderen* strategischen Agenda: Sie widersetzten sich allen durch die offensichtliche Energie- und Klimakrise inspirierten Versuchen, die weitere Expansion der landwirtschaftlichen Betriebe zu begrenzen. Dieser Kampf lässt sich am besten mit dem Anlegen einer Feuerschneise in bedrohten Wäldern vergleichen. Es geht darum, Teile des Waldes zu verbrennen, um ein Buschfeuer zu verhindern, das »uns alle vernichten« wird.

Die erste Verhandlungsrunde zwischen den protestierenden Organisationen und Staatsvertretern brachte ein bemerkenswertes Ergebnis: »Es wird keinen allgemeinen Abbau der Viehbestände geben.« Dies war und ist eine höchst bedeutsame Botschaft, denn sie zeigt, dass die Hegemonie der unternehmerischen Farmen nicht infrage gestellt werden soll. Die zweite Runde brachte ein weiteres aufschlussreiches Ergebnis: »Es wird keine Zwangsschließung irgendeines landwirtschaftlichen Betriebs geben.« Dies umfasste die Aussage, dass Betriebe, die sich innerhalb oder in der Nähe von Naturschutzgebieten befinden, nicht betroffen sein werden, auch dann nicht, wenn sie große Mengen Ammoniak ausstoßen.

Somit gab es letztlich keine Ergebnisse, die *allen* Landwirten zugute kommen würden wie z. B. eine Anpassung allzu starrer Vorschriften oder die Möglichkeit, auf Betriebsebene über den wirksamsten Maßnahmenmix oder eine regionale Differenzierung entscheiden zu können. Das einzige, was das »Kollektiv der Agrarier« anstrebte und erreichte, war die Konsolidierung des Spielraums für landwirtschaftliche Unternehmer, weiter zu expandieren, und – noch einmal – die Verschiebung einer effektiven und rechtzeitigen Bewältigung der Energie- und Klimakrise.

Seltsamer Populismus

Es besteht kein Zweifel, dass die Bewegung vom Herbst 2019 eine populistische Bewegung ist. Sie ist ein »Mehrklassenphänomen«. Große Unternehmerlandwirte, bäuerliche Landwirte, Landarbeiter, verschiedene Agrobusinessgruppen, Lohnunternehmer und andere Landbewohner kamen zusammen, *ohne* einen wirklichen Versuch zu unternehmen, ihre unterschiedlichen Interessen zu vermitteln. Sie ist auch populistisch, da sie keine transparente Analyse der Probleme liefert, die angegangen werden müssten. Sie setzt bei Missständen und Kummer an, bringt die Gefühle nach oben, verallgemeinert sie und zeigt dann mit dem Finger auf die Verantwortung der »Anderen«. Die wütenden Bauern stellen sich in der Regel als »Opfer« dar. Die Bewegung ist auch insofern populistisch, als sie sich nur an den Staat wendet. Sie übt Druck auf den Staat aus, um für die Bauern günstigere gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen: die Kosten sollen von *anderen* bezahlt werden.

Die Bewegung hat Gewalt nicht gescheut: Sie verweigerte Personen, die einen anderen Standpunkt vertreten, unverhohlen jedes Mitspracherecht und setzt ihre Traktoren als Instrument der Einschüchterung ein. Sie ist vor allem insofern populistisch, als sie *die Vielen* benutzt hat, um Privilegien für *die Wenigen* zu erlangen. Sie mobilisierte *alle* Bauern, um die Umweltpolitik zu korrigieren, aber die Lösungen, die sie suchte (und fand), dienten nur den Interessen der wenigen im unternehmerischen Segment und dienten dazu, ihnen mehr Möglichkeiten für zukünftiges Wachstum zu geben.

Die populistische Bewegung, die in der zweiten Hälfte des Jahres 2019 entstand, äußert sich nicht zum zentralen Punkt. Der Punkt ist, dass beides, sowohl das Problem (der große Beitrag zu den verschiedenen Krisen: Stickstoff, Energie, Klima) als auch die Unfähigkeit und der Unwille, dieses Problem wirksam anzugehen, in der unternehmerischen Landwirtschaft und der damit einhergehenden Industrialisierung der Landwirtschaft begründet sind. Die populistische Bewegung schweigt zu diesem zentralen Thema, weil sie weiß, dass die unternehmerische Landwirtschaft von der breiten Bevölkerung als industrielle Landwirtschaft wahrgenommen und abgelehnt wird. Ein Kampf für die *industrielle Landwirtschaft* wäre ein völliger Fehlschlag und hätte keine politische oder soziale Zugkraft. Daher konzentriert man sich auf irreführende Bilder, gemischte Gefühle und den Angriff auf alles, was die Bauern bedroht bzw. sie nicht respektiert, sowie auf eine völlige Vernachlässigung der Diskussion darüber, wofür die Bauern eigentlich stehen. Es konnte nicht anders sein. Die gesellschaftspolitische Situation, die die unternehmerischen Landwirte (zusammen mit der Agrarindustrie, der Agrarpolitik und

der einschlägigen Agrarforschung) mitgestaltet haben, kann nicht anders, als diesen seltsamen populistischen Ausbruch hervorzubringen.

Die Notwendigkeit bäuerlicher Antworten

Der Herbst 2019 hat auch gezeigt, dass die weit verbreiteten bäuerlichen Wirtschaftsstile zu verstreut und fragmentiert sind. Obwohl die bäuerlichen Landwirte neue Ansätze zur Bewältigung und Lösung der Energie-, Stickstoff- und Klimakrise entwickelt haben und insgesamt eine vielversprechende Alternative zur Industrialisierung der Landwirtschaft bieten,³ haben diese vielen und weit verbreiteten bäuerlichen Wirtschaftsweisen keinen Weg gefunden, den öffentlichen Diskurs und die Politikgestaltung zu beeinflussen. Die Unternehmerlandwirtschaft dominiert – bis hin zu dem Punkt, dass viele immer noch glauben, es gebe keine Alternativen. Die bäuerliche Landwirtschaft verliert sich in einem Nebel des Schweigens, und so bleibt ihr Potenzial der Öffentlichkeit (im Großen und Ganzen) verborgen.

Folgerungen & Forderungen

- Die Bauernbewegung in den Niederlanden Ende 2019 bündelte sehr unterschiedliche Betriebe und entstand als Reaktion auf die politischen Maßnahmen zur Lösung der Klimakrise.
- Sie zeigte zugleich die tiefe Spaltung des Berufsstandes: unternehmerische Landwirte mit ihrem Selbstverständnis durch ungebremstes Wachstum die »Welt zu ernähren« auf der einen Seite und bäuerliche Betriebe, die die Export- und Wachstumsorientierung infrage stellen, auf der anderen.
- Die Bewegung ist populistisch, da sie keine Analyse der Probleme lieferte, sondern sich darauf kapriziert, die Verantwortung »der Anderen« (Verbraucher, Gesellschaft, NGOs) zu thematisieren und den Staat auffordert, Lösungen zu bieten, die lediglich den Unternehmerlandwirten dienen und deren Kosten andere zu tragen haben.
- Die bäuerliche Landwirtschaft hat ihrerseits längst Ansätze zur Bewältigung und Lösung der Energie-, Stickstoff- und Klimakrise und damit zur industrialisierten Landwirtschaft entwickelt.
- Ihre Lösungen müssen einen Weg in die Gesellschaft finden, um ihren Diskurs und die Politik zu beeinflussen. Eine Position muss entwickelt werden, die die vielen Nischenlösungen bündelt und zugleich dem vorherrschenden Agrarmodell eine klare Absage erteilt. Andernfalls gehört der ländliche Raum künftig der extremen Rechten.

Das Risiko, das wir in Europa eingehen, besteht darin, dass die Rechnung für die notwendige ökologische Transformation (den die neue Europäische Kommission zu einem Kernstück ihrer Politik gemacht hat) von den Armen bezahlt wird. Im Agrarsektor werden die Landwirte mit sinkenden Einkommen und neuen Wellen von Umweltauflagen konfrontiert sein. In diesem Zusammenhang ist es dringend notwendig, einen agrarökologischen Vorschlag zu entwickeln, der zeigt, wie man die sozioökonomischen und ökologischen Probleme des nicht mehr zielführenden industriellen Landwirtschaftsmodells lösen kann.⁴ Die internationale Bauernbewegung *La Via Campesina* hat zu Recht argumentiert, dass nur die bäuerliche Landwirtschaft in der Lage ist, »das Klima zu kühlen«. Es ist an der Zeit, diesen Standpunkt in einem konkreten und einheitlichen Vorschlag weiterzuentwickeln. Ein solcher Vorschlag muss sich auch darauf konzentrieren, die Agenda der Elite aufzudecken, die die derzeitigen Produktionssysteme kontrolliert und dies ohne größere Rücksicht auf die wirtschaftliche Sicherheit der Bauern, die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher sowie auf die lokalen und globalen Auswirkungen der Umweltkrise. Wenn dies nicht gelingt, wird der ländliche Raum zu einer Bastion der extremen Rechten werden.

Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- ▶ Martin Schulz, Bernd Schmitz und Ulrich Jasper: Bauernproteste unterstreichen den Veränderungsbedarf. Die Bedeutung der Bauern und die Notwendigkeit politischer Problemlösungen. In: Der kritische Agrarbericht 2020, S. 30–32.
- ▶ Jan Douwe van der Ploeg: Wachsen oder Weichen – Weniger eine Frage der Größe. Über widersprüchliche Agrarentwicklungen und ihre vielfältigen Gründe. In: Der kritische Agrarbericht 2019, S. 19–24.

Anmerkungen

- 1 M. Smit: De duurzaamheid van de Nederlandse landbouw, 1950-2015-2040, Diss. Universität Wageningen. Wageningen 2018.
- 2 N. Eizner: Les Paradoxes de l'Agriculture Française: Essai d'analyse a partir des Etats Généraux de Développement Agricole, avril 1982-fevrier 1983. Paris 1985.
- 3 J. D. van der Ploeg et al.: The economic potential of agroecology: empirical evidence from Europe. In: Journal of Rural Studies 71 (2019), pp. 46-61. DOI: 10.1016/j.jrurstud.2019.09.003.
- 4 J. D. van der Ploeg: Gute Grünlanderträge mit weniger Stickstoff. Oder warum die Agrarforschung eine von Bauern entwickelte Neuerung nicht entdecken konnte. In: Der kritische Agrarbericht 2016, S. 155–161.



Jan Douwe van der Ploeg

Außerordentlicher Professor für Ländliche Soziologie der China Agricultural University in Peking, China, und emeritierter Professor der Universität Wageningen in den Niederlanden.

jandouwe.vanderploeg@wur.nl